

Inhaltsübersicht

<i>Einleitung</i>	1
-----------------------------	---

1. Teil

Jüdische Gemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechts

<i>1. Kapitel: Grundlegungen</i>	19
A. Normalität – Öffentliche Körperschaft – Parität	19
B. Staatskirchenrechtliche Normalität: Historische Entwicklungslinien	26
<i>2. Kapitel: Der lange Weg zur Normalität</i>	46
A. Juden und ihre Gemeinden im Alten Reich	46
B. Die Epoche der jüdischen Emanzipation im Lichte des Staatskirchenrechts.	87
C. Jüdische Gemeinden im Staatskirchenrecht der Weimarer Republik	121
<i>3. Kapitel: Höllenfahrt</i>	132
A. Die Ausnahmegesetzgebung gegen die Juden ab 1933: Von Bürgern zu Fremden	132
B. Die Zerschlagung der jüdischen Gemeinden.	135
C. Resümee: Zerstörte Normalität.	138

2. Teil

Jüdische Gemeinden im deutschen Staatskirchenrecht
seit 1945

<i>4. Kapitel: Neubeginn</i>	143
A. Das Wiedererstehen jüdischen Lebens in Deutschland nach 1945. . .	143
B. Organisationsformen jüdischen Lebens und jüdische Einrichtungen nach 1945	177
<i>5. Kapitel: Das Selbstverständnis der Juden in Deutschland und seine staatskirchenrechtliche Relevanz</i>	214
A. Proprium und staatliche Letztentscheidung: Die rechtliche Relevanz des religiösen Selbstverständnisses	214
B. Schoa und Staat Israel als Bezugspunkte der Identität: Sind jüdische Gemeinden mehr als »bloße« Religionsgemeinschaften?	217
C. »Volk Israel«: Abstammungsprinzip und Staatskirchenrecht	231
D. »Jüdische Gemeinschaft« als Rechtsbegriff?	239
E. Resümee	248
<i>6. Kapitel: Normalität – Restitution – Parität Die staatskirchenrechtliche Praxis.</i>	249
A. Staats(kirchen)verträge mit jüdischen Gemeinden und ihren Organisationen als Indikator »gebrochener« Normalität	249
B. Wirkungen von Selbstverständnis und Restitution auf den Paritäts- grundsatz am Beispiel des öffentlichen Rundfunks.	316
C. Resümee: Die Option des »als ob«	334
<i>Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse und Schlußbetrachtung</i> . .	337
Literaturverzeichnis	343
Sachverzeichnis	361

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
<i>Einleitung</i>	1
A. Jüdische Gemeinden im Staatskirchenrecht – Ausgangspunkte der Untersuchung	1
I. Bestandsaufnahme.	1
II. Normalfall oder Sonderfall?	4
B. Historische Eingrenzung des Themas	6
I. Historische Genese des Staatskirchenrechts	6
II. Geschichte der jüdischen Gemeinden in Deutschland	7
C. Die zu untersuchenden Rechtsordnungen	9
D. Zum Komplex »Selbstverständnis«	11
E. Zur Terminologie.	12
F. Resümee zu Leitfrage, Parametern und Gang der Darstellung	14

1. Teil

Jüdische Gemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechts

<i>1. Kapitel: Grundlegungen.</i>	19
A. Normalität – Öffentliche Körperschaft – Parität	19
I. Der Parameter »Normalität« – eine Annäherung	19
II. Verfaßte Religionsgemeinschaften als »Normalfall« des Staatskirchenrechts	21
III. Öffentliche Körperschaft als Status- und Ehrentitel: Die Essenz des Staat-Kirche-Verhältnisses	22
IV. Körperschaftsstatus und Parität	25

B. Staatskirchenrechtliche Normalität: Historische Entwicklungslinien	26
I. Der verfassungsrechtliche Angelpunkt: Art. 137 Abs. 5 WRV als »dilatorischer Formelkompromiß«	26
II. Die konfessionelle Spaltung Deutschlands als Ausgangslage des neuzeitlichen Staatskirchenrechts	30
III. Die Konstruktion des Staat-Kirche-Verhältnisses in den Territorien des Alten Reiches bis zum 19. Jahrhundert	31
IV. Die Konstruktion der Kirchen als öffentliche Körperschaften	33
V. Körperschaftsbegriff und Parität im preußischen Allgemeinen Landrecht.	36
VI. Der Umbruch im Staatskirchenrecht zu Beginn des 19. Jahrhunderts	37
VII. Wandlungen und Friktionen des Körperschaftsbegriffs im 19. Jahrhundert – Der Anknüpfungspunkt für Art. 137 Abs. 5 WRV	38
VIII. Resümee	44
 2. Kapitel: <i>Der lange Weg zur Normalität</i>	46
A. Juden und ihre Gemeinden im Alten Reich	46
I. Die persönliche Rechtsstellung der Juden im Alten Reich	47
1. Ausgangspunkte der frühneuzeitlichen Rechtsstellung der Juden im Mittelalter	47
a) Kirche und Juden: Augustinische Toleranz	47
b) Kaiserlicher Judenschutz: <i>Servitus camere imperialis</i>	49
c) Verfolgungen und Massaker: Die dünne Schicht des Rechts	52
d) Von Kammerknechten zu Schutzjuden: Die Rechtsstellung der Juden im Spätmittelalter.	54
2. Von der frühen Neuzeit bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts.	57
a) Juden in der Zeit von Reformation und Gegenreformation.	57
b) Der frühneuzeitliche Judenschutz zwischen kaiserlichem und territorialem Herrschaftsanspruch.	60
c) Beispiele territorialer Judenordnungen: Landgrafschaft Hessen und Brandenburg-Preußen	61
d) Stabilität ohne Normalität	63
e) Die soziale Schichtung des Judentums im Alten Reich am Beispiel ihrer extremen Ränder	64
3. Zusammenfassung	66

II. Jüdische Gemeinden im Alten Reich: Selbstverständnis und staatliche Reglementierung	67
1. Vorbemerkung: Das synagogal-rabbinische Paradigma . . .	67
2. Die Ausgangslage: Die Jüdischen Gemeinden des Mittelalters in Deutschland	70
a) Rechtliche Autonomie und Selbstkoordination	70
b) Obrigkeitliche Ordnungsbestrebungen.	71
c) Das endgültige Scheitern einer reichsweiten Korporatisierung	73
d) Die Gemeinde als Bezugspunkt der kollektiven Organisation.	75
3. Landjudenschaften als jüdisch-staatliche Mischinstitutionen der frühen Neuzeit	76
4. Äußere und innere Erosion der Gemeindeautonomie.	78
5. Die staatskirchenrechtliche Stellung der jüdischen Gemeinden und Landjudenschaften bis zum Ende des 18. Jahrhunderts	80
a) Die jüdischen Gemeinden und Landjudenschaften als corpora religiones?	80
b) Die antizipierte Wende in Preußen: Das Wöllnersche Religionsedikt von 1788	83
6. Zusammenfassung	86
B. Die Epoche der jüdischen Emanzipation im Lichte des Staatskirchenrechts.	87
I. Von Fremden zu Bürgern	87
II. Das Verblässen der Doppelnatur.	92
III. Jüdische Gemeinden als öffentliche Körperschaften vor 1919?	96
1. Die Behandlung des Problems in der Literatur zum Staatskirchenrecht seit 1949	96
2. »Jüdische Gemeinschaft« als Objekt des Staatskirchenrechts?	97
3. Die Rechtslage in einzelnen deutschen Staaten	99
a) Baden, Württemberg, Kurhessen: Jüdische Gemeinschaften als »Landeskirchen«	99
(1) Das Großherzogtum Baden	99
(2) Das Königreich Württemberg	102
(3) Das Kurfürstentum Hessen.	103
b) Die jüdischen Gemeinden in (Alt-)Preußen nach dem Gesetz vom 23. Juli 1847	104
c) Die jüdischen Gemeinden und Landjudenschaften im Großherzogtum Hessen	106

d) Die staatskirchenrechtliche Situation der jüdischen Gemeinden Bayerns.	108
e) Die Rechtslage in einigen von Preußen annektierten Staaten im Überblick	110
4. Körperschaftsstatus für jüdische Austrittsgemeinden?.	112
IV. Normalität und Parität?.	117
V. Resümee: Die »dritte Konfession«.	120
C. Jüdische Gemeinden im Staatskirchenrecht der Weimarer Republik	121
I. Erneuerung und Kontinuität im Staatskirchenrecht.	121
II. Die staatskirchenrechtliche Stellung der jüdischen Gemeinden	124
1. Fortgeltung alten Rechts.	124
2. Landesverbände und reichsweite Organisationen.	126
III. Resümee	130
3. Kapitel: Höllenfahrt	132
A. Die Ausnahmegesetzgebung gegen die Juden ab 1933: Von Bürgern zu Fremden	132
B. Die Zerschlagung der jüdischen Gemeinden.	135
C. Resümee: Zerstörte Normalität.	138

2. Teil

Jüdische Gemeinden im deutschen Staatskirchenrecht seit 1945

4. Kapitel: Neubeginn	143
A. Das Wiedererstehen jüdischen Lebens in Deutschland nach 1945. . .	143
I. Nach der Katastrophe.	143
II. Die Bildung von Gemeinden – Wiederaufleben oder Neugründung?.	145
1. Das Problem.	145
2. Die rechtliche Wirkung des Reichsgesetzes vom 28. März 1938	148
a) Unwirksamkeit wegen Unentziehbarkeit des Körper- schaftsstatus bei altkorporierten Religionsgemein- schaften?	148
(1) Entziehbarkeit des Körperschaftsstatus nach Art. 137 Abs. 5 WRV	149
(2) Weitergeltung von Art. 137 Abs. 5 WRV nach 1933?	150

b) Unwirksamkeit aus sonstigen Gründen?	152
(1) Unwirksamkeit gem. Kontrollratsgesetz Nr. 1 vom 30. August 1945?	152
(2) Unwirksamkeit nach Art. 123 Abs. 1 GG?	154
(3) Unwirksamkeit aus naturrechtlichen Erwägungen?	156
c) Zwischenfazit	160
3. Untergang der jüdischen Gemeinden durch Verlust aller Mitglieder?	161
a) Der Untergang von Religionskörperschaften durch Mitgliederverlust.	161
b) Wiederum: Eine naturrechtliche Ausnahme?	163
c) Personenidentität und Parochialrecht.	163
d) Der Faktor Zeit	165
4. Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts als Restitution?	167
a) Ein »restituierter« Körperschaftsstatus?	167
b) Inkurs: Restitution als Rechtsbegriff	168
c) Der »Zeitsprung« in Art. 140 GG	170
d) Modifizierende »Zeitsprünge« in den Landes- verfassungen.	174
(1) Abweichender Stichtag bezüglich der tatsächlichen Existenz einer Gemeinde	174
(2) Abweichender Stichtag bezüglich der Begründung des altrechtlichen Status	174
(3) Bundesländer ohne modifizierende Stichtage.	175
5. Resümee	176
B. Organisationsformen jüdischen Lebens und jüdische Einrichtungen nach 1945	177
I. Die Gemeinden	177
1. Juden in Deutschland bis 1990: »Ausgetauschtes Judentum« und Einheitsgemeinde	177
2. Zuwanderung ab 1990: Ein neues Judentum in Deutschland?	179
a) Zuwanderung aus Restitutionsgründen	179
(1) Rechtsgrundlage der privilegierten Zuwanderung	180
(a) Rechtslage vor dem 1. Januar 2005	180
(b) Rechtslage seit dem 1. Januar 2005	181
(2) Privilegierte Zuwanderung von Juden als Verstoß gegen Art. 3 Abs. 3 GG?	182
b) Neue Pluralität	185
c) Körperschaftsstatus für nach 1990 neugebildete Gemeinden.	187

II. Korporative Organisationen auf Landesebene	190
1. Vorbemerkung	190
2. Das Grundmuster: Landesverbände, Landesgemeinden, Großstadtgemeinden	191
3. Sonderfälle und neuere Entwicklungen	194
a) Baden-Württemberg	194
(1) Altkorporierte Verbände	194
(2) Keine Verbände von Gemeinden, sondern Gemeinschaften	196
b) Niedersachsen	198
c) Schleswig-Holstein	199
d) Brandenburg	200
III. Korporative Organisationen auf Bundesebene	201
1. Der Zentralrat der Juden in Deutschland	201
a) Entstehung und Entwicklung	201
b) Staatskirchenrechtliche Einordnung	202
c) Organisation	204
2. Die Union progressiver Juden in Deutschland.	205
a) Entstehung und Organisation	205
b) Verhältnis zum Zentralrat der Juden in Deutschland	206
IV. Weitere überörtliche jüdische Einrichtungen	207
1. Die Deutsche Rabbinerkonferenz.	207
2. Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland	209
3. Jüdische Hochschuleinrichtungen	210
a) Die Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg.	210
b) Rabbinerausbildungsstätten	210
V. Resümee	211

<i>5. Kapitel: Das Selbstverständnis der Juden in Deutschland und seine staatskirchenrechtliche Relevanz</i>	<i>214</i>
A. Proprium und staatliche Letztentscheidung: Die rechtliche Relevanz des religiösen Selbstverständnisses	214
B. Schoa und Staat Israel als Bezugspunkte der Identität: Sind jüdische Gemeinden mehr als »bloße« Religionsgemeinschaften?	217
I. Eine alte Frage im neuen Gewand	217
II. Erneuerte Doppelnatur	220
1. Die Schoa als »Anti-Sinai«?	220
2. »Das Judentum ist die Seele, deren Körper Israel ist«	221
III. Jüdische Gemeinden als Organisationen einer nationalen Minderheit?	225
IV. Juden außerhalb jüdischer Gemeinden?	230

C. »Volk Israel«: Abstammungsprinzip und Staatskirchenrecht	231
I. Der Grundsatz der Matrilinearität	231
II. Gemeindemitgliedschaft und Synagogensteuer	232
1. Das Problem.	232
2. Erforderlichkeit eines Bekenntnisakts?.	234
3. Parochialzwang bei Umzug und Auslandszuzug?	237
D. »Jüdische Gemeinschaft« als Rechtsbegriff?.	239
I. Das Idealbild einer »dritten Konfession«	239
II. Die Zugehörigkeit zur »jüdischen Gemeinschaft« vor Gericht	241
III. Zwischen Justizgewährung und religiöser Selbstbestimmung	243
IV. Ein <i>terminus technicus</i> als Ausweis von Normalität	247
E. Resümee	248
6. Kapitel: Normalität – Restitution – Parität	
Die staatskirchenrechtliche Praxis.	249
A. Staats(kirchen)verträge mit jüdischen Gemeinden und ihren Organisationen als Indikator »gebrochener« Normalität	249
I. Herkunft, Gestalt und Typologie der Staatskirchenverträge	249
1. Herkunft.	249
2. Gestalt	250
3. Vertragstypen	251
II. Staatsverträge und Vereinbarungen mit jüdischen Gemeinden und ihren Landesverbänden in den Bundesländern vor 1990	252
1. Die Verträge zwischen dem Land Niedersachsen und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen von 1960 und 1983	252
2. Die Berliner Vereinbarung von 1971	254
3. Der Vertrag zwischen dem Land Hessen und dem Landes- verband der Jüdischen Gemeinden in Hessen von 1986.	256
4. Staatskirchenrechtliche Einordnung	257
a) Koordination und Proprium.	257
b) Restitution als <i>Movens</i>	261
(1) Staatsleistungen als Restitution.	261
(a) Staatsleistungen als Problem des Art. 138 Abs. 1 WRV?.	261
(b) Restitution als Säkularisationsausgleich?	263
(c) Zwischenergebnis	265
(2) Die Handlungsform des Vertrags als Restitution.	265
c) »Gebrochene« Normalität und Parität	268
d) Fazit: Drei Bundesländer, drei Formen von Normalität	271

III. Staatsverträge in den Bundesländern nach 1990	272
1. Das Vertragsstaatskirchenrecht nach 1990	272
2. Die Verträge mit den jüdischen Gemeinden: Integration von Zuwanderern als neue Motivationslage	273
3. Form und Gestalt der einzelnen Verträge	278
a) Verträge in Anlehnung an das hessische Modell	278
b) Verträge in Anlehnung an das Loccumer Modell	281
(1) Vollverträge.	281
(2) Besonderheiten einzelner Verträge	284
c) Fazit	286
IV. Einzelne staatskirchenvertragliche Regelungs- und Problemfelder	286
1. Vertraglich vereinbarte Staatsleistungen und innerjüdischer Pluralismus	286
a) Innerjüdische Vereinbarungen über die Aufteilung der Staatsleistungen: Die Beispiele Hessen und Bayern	286
b) Leistung an die »jüdische Gemeinschaft«	288
(1) Die Beispiele Sachsen-Anhalt und Sachsen	288
(a) Sachsen-Anhalt	288
(b) Sachsen	290
(2) Das Beispiel Brandenburg	291
(a) Zugehörigkeit zur »Jüdische Gemeinschaft«	291
(b) Mittelweitergabe durch den Landesverband	292
(3) Das Beispiel Hamburg	294
c) Mittelverteilung unter konkurrierenden Organisationen	295
(1) Das Beispiel Niedersachsen.	295
(2) Das Beispiel Schleswig-Holstein	297
d) Resümee: Restitution unter den Bedingungen des innerjüdischen Pluralismus	298
2. Der Schutz jüdischer Feiertage	300
a) Gesetzliche Regelungen zum Schutz jüdischer Feiertage	300
b) Bestimmungen zum Schutz jüdischer Feiertage in den Staatsverträgen	303
3. Die Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	304
a) Die Bund-Länder-Vereinbarung von 1957	304
b) Staatsvertragliche Vereinbarungen	308
c) Selbstverständnis als Grenze der Bestandsgarantie	309
V. Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland von 2003	310
1. Vertragsinhalt	310
2. Rechtliche Würdigung	312
a) Die Bundeskompetenz zum Abschluß des Vertrages	312
b) Koordination – Restitution – Parität	312

VI. Resümee: Staatsverträge zwischen Normalität, Restitution und Parität	315
B. Wirkungen von Selbstverständnis und Restitution auf den Paritätsgrundsatz am Beispiel des öffentlichen Rundfunks.	316
I. Staatskirchenrechtliche Parität unter der Geltung des Grundgesetzes.	316
1. Herkunft des Paritätsgrundsatzes.	316
2. Dogmatischer Standort im Grundgesetz.	317
3. Stufenmodelle.	317
4. »Korporative Kooperation« als Modell faktischer Zweistufigkeit.	319
5. Die staatskirchenrechtliche Stellung der jüdischen Gemeinden unter Paritätsgesichtspunkten.	320
II. Präsenz in Massenmedien und Mitwirkung in öffentlichen Gremien als Problem von Parität und Disparität.	320
1. Religionsgemeinschaften im öffentlichen Rundfunk	320
2. Die Sonderstellung der jüdischen Gemeinden	321
a) Besetzung von Rundfunkräten und ähnlichen Kontroll- und Beratungsgremien	321
b) Anspruch auf Sendezeit	322
3. Sonderstellung und interkonfessionelle Parität	325
a) Ein Problem der Parität?	325
b) Rechtfertigung von Disparitäten	326
(1) Differenzierungskriterium Mitgliederzahl	326
(2) Differenzierungskriterium »historische Bedeutung«.	327
(3) Restitution als Modifikator der Parität	328
4. Das Problem der intrakonfessionellen Parität	330
5. Parität der Opfergruppen?.	332
C. Resümee: Die Option des »als ob«	334
<i>Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse und Schlußbetrachtung</i>	<i>337</i>
A. Normalität und Körperschaftsstatus	337
B. Doppelnatur – Restitution – Parität	339
C. Schlußbetrachtung	340
Literaturverzeichnis	343
Sachverzeichnis	361